



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

E/XVI/111. - 18. Mai 1963

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3

Deutschland bleibt Aufgabe

145

Von Fritz Erler, MdB

4 - 5

Volle Kassen

50

Die Steuern fließen stärker als erwartet!

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

5

Ein Novum in der deutschen Geschichte

18

Die "Deutsche Post" über das  
sozialdemokratische Regierungsprogramm

8

Die Pleite

31

"Freies Fernsehen" vor dem Ende

6

Verdiente Ehrung

13

Zur Verleihung des Grossen Verdienstkreuzes an  
Walter P. Reuther

7

Der Putsch von Seoul

36

Schwerwiegende politische und psychologische Folgen

\* \* \*

## Deutschland bleibt Aufgabe

Von Fritz Erler, MdB.

1945 wurde Deutschland nach der Niederlage besetzt und in vier Zonen geteilt. Jede Besatzungsmacht suchte aus ihrer Zone ein kleines Abbild ihrer Heimat zu schaffen. Deshalb entwickelten sich in den drei Westzonen demokratische Regierungsformen; deshalb wurde nach Mitteldeutschland das kommunistische Regime importiert. Dieses Auseinanderleben ist der wirkliche Inhalt der Spaltung Deutschlands.

Im Westen entstand in allmählicher Erweiterung des Selbstbestimmungsrechts der Bevölkerung über Gemeinde, Kreis und Land hinweg die Bundesrepublik Deutschland. Sie hat sich in ihrem Grundgesetz den klaren Auftrag gegeben, "dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben". Es heisst weiter, dass das gesamte deutsche Volk aufgefordert bleibt, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Und schliesslich lautet Artikel 146 ganz bündig: "Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist". Der Streit um das Provisorium der Bundesrepublik Deutschland ist völlig überflüssig. An dem Fortlaut unseres Grundgesetzes gibt es nichts zu deuteln. Verfassungstreue gilt auch gegenüber diesen Artikeln.

Das mindert in nichts die Würde der Bundesrepublik Deutschland als dem freien Teile unseres Vaterlandes. Wir verkürzen aber den Begriff des Vaterlandes, wir stossen unsere Landsleute in Mitteldeutschland geradezu aus, wenn wir so tun, als sei die Bundesrepublik Deutschland schon d a s deutsche Vaterland schlechthin.

### Der Auftrag der Bundesrepublik

Die Deutschen haben im freien Teile Deutschlands in fleissiger Gemeinschaftsarbeit Verhältnisse geschaffen, die zu schützen lohnt. Der Untergang der Freiheit in der Bundesrepublik wäre das Ende der Hoffnung auch für unsere Landsleute in Mitteldeutschland. Deshalb ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland gegen jeden Angriff und jede Gefahr von aussen und von innen zu schützen. Die Würde der Bundesrepublik Deutschland wird nicht verletzt, sondern erst richtig erkannt, wenn man ihren Auftrag ernst nimmt, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie einmal im gesamtdeutschen Staatswesen aufgehen kann.

1952 glaubte die damalige Bundesregierung einschliesslich des jetzigen Kritikers Dr. D e h l e r , dass die Einsmelzung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Verteidigungsgebündnis imstande sei, die Macht des Westens so zu stärken, dass man mit Hilfe dieser Macht die Sowjetunion zu Verhandlungen über die Deutschlandfrage und zur Wiedervereinigung Deutschlands zwingen könne. Die Warnungen der sozialdemokratischen Opposition, dass diese Politik mög-

licherweise auch das Gegenteil heraufbeschwören, nämlich durch die Einschmelzung der beiden Teile Deutschlands in einander feindlich gegenüberstehende Machtblöcke die Spaltung unseres Landes vertiefen und die Aussichten für die Wiederherstellung der deutschen Einheit verreckeln können, verhalten ungehört. Heute steht fest, dass die damaligen Warrungen berechtigt waren. Wir sind der Wiedervereinigung nicht nähergekommen. Die sowjetische Position hat sich verhärtet.

#### Grundlegende Veränderungen

Die Lage des Jahres 1952 lässt sich aber auch nicht einfach wiederherstellen. Damals waren die Vereinigten Staaten auf dem Gebiet der Atomwaffen und der Fernluftwaffe der Sowjetunion erdrückend überlegen. Damals gab es ein sehr grosses sowjetisches Interesse daran, eine Kombination amerikanischer Führung und amerikanischen Potentials mit deutscher militärischer Tüchtigkeit zu vermeiden und für die Vermeidung dieser Kombination notfalls wesentliche Zugeständnisse in der deutschen Frage zu machen. Diese Chance wurde nicht genutzt. Ob sie zur Wiedervereinigung geführt hätte, vermag heute niemand zu sagen. Der Versuch wurde nicht unternommen. Zeit war genug dafür vorhanden. Von 1952 bis 1955 wurde innerhalb des Westens über die Verteidigungsgemeinschaft verhandelt. Verhandlungen mit der Sowjetunion hätten also das Hinzutreten der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Verteidigungsgemeinschaft nicht verzögert. Wären sie erfolgreich geblieben, hätte man nichts verloren gehabt.

Heute hat die Sowjetunion aufgeholt und ihrer erdrückenden Überlegenheit auf dem Gebiet der konventionellen Bewaffnung den Gleichstand auf dem Gebiet der Atomwaffen und der Fernraketen, vielleicht beim letzteren sogar auch noch eine leichte Überlegenheit gegenüber den Vereinigten Staaten, hinzugefügt. Damit sind manche Möglichkeiten, die es 1952 vielleicht gab, heute in dieser Form nicht mehr vorhanden. Wohl aber bedarf es auch heute der Einsicht, dass die Wiedervereinigung unseres Landes nicht mit dem Westen gegen die Sowjetunion oder mit der Sowjetunion gegen den Westen, sondern nur mit West und Ost gemeinsam zu erreichen ist. Wer eine solche Möglichkeit überhaupt leugnet, hat jeden Gedanken an die Erlösung unserer Landsleute in Mitteldeutschland von der kommunistischen Gewalt Herrschaft abgeschrieben. Heute kommt es darauf an, das Vertrauen des Westens in die demokratische Zuverlässigkeit der Bundesrepublik Deutschland zu bewahren und gleichzeitig auch das Zutrauen unserer östlichen Nachbarn in eine künftige korrekte und möglichst freundliche Nachbarschaft mit der gesamten deutschen Volke herzustellen. Wir müssen die Welt davon überzeugen, dass es keine dauerhafte Friedensordnung in Europa geben kann, so lange Deutschland gespalten bleibt. So lange dieses Land gespalten ist, zerrn die Deutschen an der ihnen aufgezwungenen Fessel, ist hier Erbebergebiet. Und in einem Erbebergebiet kann man keine dauerhaften Häuser bauen.

#### Selbstbestimmung auch für die Deutschen!

In einer Zeit, in der überall auf dem Erdball Kolonialregime zusammenbrechen, kann man nicht mitten in Europa einem Volk eine Kolonialherrschaft aufzwingen und das Recht auf Selbstbestimmung verweigern. Allerdings werden die Deutschen das Selbstbestimmungsrecht für ihre Landsleute in Mitteldeutschland und damit die Wiederherstellung ihrer staatlichen Einheit nur erringen, wenn sie nicht selbst kleinmütig werden. Es muss Aufgabe aller demokratischen Kräfte in unserem

Lande und in dem mit uns verbündeten freien Westen bleiben, die Sache der deutschen Einheit und damit der Freiheit für Mitteldeutschland mit Initiative und Geschick, mit Realismus und Zähigkeit weiter zu verteidigen. Werden die demokratischen Kräfte auf diesem Felde unglaublich, dann geht die Sache der nationalen Einheit eines Tages in die Hände antidemokratischer Kräfte über. Das wäre verhängnisvoll für Deutschland und Europa. Man darf die Fehler der Weimarer Republik nicht wiederholen.

Deshalb ist höchste Vorsicht denjenigen Stimmen gegenüber geboten, die den Deutschen einzureden wollen, man könne Freiheit für Mitteldeutschland unter Verzicht auf die Einheit ganz Deutschlands erhalten. Staatssekretär T h e d i e c k weiss trotz seiner gegenteiligen Beteuerungen, dass es, gestützt auf J a s p e r s, solche Tendenzen bis weit in das Regierungslager hinein gibt. In Wahrheit läuft das doch darauf hinaus, dass man der Sowjetunion lediglich die Forderung stellen will, die Zone freizugeben, ohne die Bundesrepublik Deutschland anzuhalten, auch ihrerseits zumutbare Leistungen für die Wiederherstellung der staatlichen Einheit und damit für die Erlösung unserer Landsleute in Mitteldeutschland zu erbringen. Es gibt einen Preis, den die Deutschen nicht zahlen können und werden: das ist die Freiheit. Über Leistungen anderer Art muss man dagegen zu verhandeln bereit sein, wenn es ernsthaft um die Chance der Erlösung unserer Landsleute geht.

"Hier hilft keine Rechthaberei"

Dazu gehören sicher W i l l e und M u t, aber nicht nur dies. Sondern auch die B e r e i t s c h a f t, zur rechten Zeit das Rechte zu tun und dabei den Sinn für das M a s s und den Sinn für das K ö g l i c h e zu bewahren. Je mehr wir uns im freien Teile Deutschlands über die Politik zur Wiedererlangung der deutschen Einheit zerstreiten, um so weniger werden wir der deutschen Einheit näherkommen. Hier hilft keine Rechthaberei. Die deutsche Stimme reicht weiter, wenn sie nicht nur die Stimme e i n e s Mannes oder e i n e r Partei, sondern die Stimme des g e s a m t e n freien Teiles der Nation ist. Nur dann kann man die Aufgabe meistern, künftige Chancen zu nutzen und vor allem nicht nur bessere Chancen abzuwarten, sondern auch welche schaffen zu helfen.

Die -unter Umständen durch die weltpolitische Entwicklung unvermeidlich werdende- Fortsetzung des Wettrüstens auf deutschem Boden vertieft die Spaltung. Es hat keinen Sinn, das zu leugnen. Deshalb besteht die Hoffnung auf Überwindung der Spaltung nur, wenn das Wettrüsten gebremst und ein Fortschritt zur Kontrolle der Rüstungen erreicht wird. Regionale Massnahmen der Rüstungsbegrenzung und -kontrolle sind geeignet, ein günstigeres Klima für das Herangehen an die Deutschlandfrage zu ermöglichen. Es muss Aufgabe der deutschen Politik sein, die Abrüstungsdiskussion nicht zu torpedieren, sondern zu fördern. Nur dann hat die deutsche Politik auch die Legitimation, die Deutschlandfrage in vernünftiger Weise mit praktischen Abrüstungsregelungen zu verbinden. Sonst besteht die Gefahr, dass die deutsche Frage von der weltpolitischen Tagesordnung abgesetzt wird. Wir leben in der Bundesrepublik, die auch Deutschland heisst, aber der als Aufgabe gestellt bleibt "Deutschland" zu verwirklichen.

Volle Kassen

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Im ersten Viertel dieses Jahres sind insgesamt 15 1/2 Mrd DM Steuern in die Kassen des Bundes und der Länder geflossen. Das sind über 2 1/2 Mrd DM oder fast 20 v.H. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von den Gesamtmehreinnahmen entfallen auf

den Bund	1.39 Mrd DM.
die Länder	1.16 " DM.

Gemessen am jeweiligen Steueraufkommen beträgt der Einnahmezuwachs

beim Bund	16.7 v.H.
bei den Ländern	25.4 v.H.

Der ständig wachsende Anteil der Länder am Gesamtsteueraufkommen erklärt sich aus der ungewöhnlich starken Aufkommenssteigerung der Einkommen- und Körperschaftsteuer, die bekanntlich zu 65 v.H. den Ländern zufließen, während der Bund nur 35 v.H. des Gesamtaufkommens erhält. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass diese Entwicklung für die nahe Zukunft anhält.

Die hohen Steuereinnahmen im ersten Vierteljahr sind etwa nicht durch einmalige Umstände veranlasst, sondern gründen sich auf ein stärkeres Wachstum des Bruttosozialprodukts. Insofern kann mit ziemlicher Sicherheit vorhergesagt werden, dass die bisherigen der Haushaltsplänen von Bund und Ländern zugrunde liegenden Steuerschätzungen erheblich überschritten werden.

Während der Bund noch im Februar dieses Jahres seine Schätzungen für 1961 revidierte, haben die Länder in ihren Haushaltsplänen weitgehend an den früheren, inzwischen völlig überholten Schätzungen festgehalten. So haben die Länder in ihren Haushaltsplänen die Mehreinnahmen 1961 gegenüber 1960 nur mit 1.87 Mrd DM beziffert. Dies entspricht einer Steigerung um 9.3 v.H. Von diesen geschätzten 1.87 Mrd DM Steuermehreinnahmen sind im ersten Vierteljahr bereits 1.16 Mrd DM, also fast 2/3 der geschätzten Jahresmehreinnahmen eingegangen. Auf das ganze Jahr bezogen, bedeutet das Ergebnis des ersten Vierteljahres, dass die Länder in diesem Jahre mindestens 3 Mrd DM Steuern mehr einnehmen werden, als sie in ihren Haushaltsplänen veranschlagt haben. Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, dass die gesamten aus Kapitalmarktmitteln zu deckenden Investitionsausgaben aller Länderhaushaltspläne

nur rd 0,8 Mrd DM betragen. Die Länder können daher in diesem Jahre ihre gesamten ausserordentlichen Ausgaben aus Steuerkehreinnahmen bestreiten. Daneben werden sie in der Lage sein, die Ausfälle des in diesem Jahre nur zu einem geringeren Teil wirksam werdenden Steueränderungsgesetzes zu tragen; darüber hinaus dürften besonders bei den steuerstarken Ländern nicht unbeträchtliche Überschüsse zu erwarten sein.

Beim Bund ist die Lage ähnlich. Bei der abschliessenden Beratung des Bundeshaushalts 1961 wurde nämlich die Steuerschätzung gegenüber der ursprünglichen Planung um 2,4 Mrd DM erhöht. Der Bundeshaushaltsplan unterstellt gegenüber dem Vorjahr einen Steuerzuwachs von 13 v.H. Tatsächlich beträgt aber das Mehraufkommen im ersten Vierteljahr 16,7 v.H. Nach den Erfahrungen der früheren Jahre und bei der zu erwartenden ähnlichen Entwicklung im weiteren Verlauf des Jahres wird voraussichtlich am Jahresende eine runde Milliarde DM mehr in der Bundeskasse sein als selbst Optimisten noch vor wenigen Monaten geschätzt haben. Damit kann der Bund wieder einmal seine gesamten ausserordentlichen Ausgaben aus Überschüssen des ordentlichen Haushalts bestreiten.

\* \* \*

#### Ein Novum in der deutschen Geschichte

"Die SPD ist eine Volkspartei geworden, deren Entschlossenheit, die nächsten Bundestagswahlen zu gewinnen, jedermann aus dem in Bonn verkündeten Regierungsprogramm herauslesen kann. Dieses Programm ist ein Novum in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus. Die SPD sagt darin nicht nur, was sie, wenn sie eine regierungsfähige Mehrheit erhält, besser zu machen gedenkt. Neu daran ist, dass sie ihre Vorschläge bis ins Detail hinein konkretisiert und, zum Teil, sogar zeitlich befristet hat. Der Wähler wird also geradezu aufgefordert, die Sozialdemokraten, falls sie die nächste Regierung bilden sollten, beim Wort nehmen. Das Programm, das von dem SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt auf dem ausserordentlichen Kongress seiner Partei am 28. April in der Bonner Beethovenhalle verkündet wurde, ist deshalb so eindrucksvoll, weil es sich einer allgemeinen Kontrolle unterwirft. Wenn die SPD beispielsweise ankündigt, den Mindesturlaub bis zum Jahre 1965 auf vier Wochen zu erhöhen, so ist dies ein Versprechen, das sie, wenn ihr der Griff zur Macht gelingen sollte, um der Glaubwürdigkeit willen einlösen muss. Ähnlich verhält es sich mit den anderen Vorschlägen des Programms."

(Aus "Deutsche Post" - Organ der Deutschen Postgewerkschaft)

\* \* \*

### Die Fleite

sp- Es kam, wie es nach dem Urteilspruch von Karlsruhe kommen musste. Auf "Ersuchen" des Bundespressesamtes hat die Gesellschaft "Freies Fernsehen" alle Personalverträge zum nächstmöglichen Termin gekündigt. Ein Unternehmen, ruhmlos begonnen, findet nun das verdiente ruhmlose Ende. Übrig bleiben zertrümmerte Hoffnungen und Enttäuschungen. 450 Angestellte eines aus der Boden gestampften Unternehmens sehen nun ihrer Entlassung entgegen, betrogen um viele Erwartungen. Sie können sich dafür bei dem jetzigen Bundeskanzler bedanken. Unverständlich bleibt, dass sogar nach dem Karlsruher Urteilspruch das "Freie Fernsehen" noch Neuaufnahmen tätigte und Menschen in ein Agenten-Loockte, dessen Ausgang zumindest nach Karlsruhe gewiss war. Übrig bleibt nun die finanzielle Regelung. Sie bleibt den Steuerzahlern überlassen. Die Ministerpräsidenten der Länder haben sich geweigert, das Erbe dieser Gesellschaft anzutreten. Dass sie es tun sollten, war schon eine Genugtuung; sie sind ja, als "Freies Fernsehen" gegründet wurde, damals nicht gefragt worden, sie wurden von Adenauer und seinem Bundesjustizminister überrumpelt und in die Ecke gedrängt. Die Gesellschaft war von Anfang an als ein Regierungsinstrument gedacht, dazu bestimmt, die durch das Grundgesetz garantierte Meinungsfreiheit zu beeinträchtigen und der Regierung ein Übergewicht zu verschaffen. Karlsruhe setzt dem ein Halbezeichen. Dennoch hat es an Versuchen nicht gefehlt, gewissermaßen durch die Hintertür, den Apparat am Leben zu erhalten und Karlsruhe zu umgehen.

Und die Moral? Wenn ein kleiner Bürger sich verspekuliert, so muss er eben in seine eigene Tasche greifen, notfalls auf gerichtliche Aufforderung hin. Für unseren Bundeskanzler aber scheinen besondere Gesetze zu gelten, für ihn hat der Steuerzahler zu übernehmen, was Leichtsinn, Machtanspruch und Einzelgängertum verschuldeten. Alles in allem: es war wohl der bisher schlechteste Beitrag, den sich das Palais Schaumburg zur Stärkung der öffentlichen Moral und Förderung von Staatsbürgergesinnung geleistet hat.

\* \* \*

### Verdiente Ehrung

sp - Walter P. Reuther, Vizepräsident der amerikanischen Gewerkschaft AFL (CIO) hat das Große Bundesverdienstkreuz erhalten. Diese Ehrung traf einen Würdigen. Reuther weilte gegenwärtig als Gast des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Bundesrepublik. In Berlin hatte er ein langes und herzliches Gespräch mit dem Regierenden Willy Brandt, das nicht das erste war und nicht das letzte sein wird. Dieser amerikanische Gewerkschaftsführer gehört zu den zuverlässigsten Freunden Berlins, mit dem er sich eng verbunden fühlt. Sein Wort wiegt schwer und sein Einfluss reicht weit. Walter P. Reuther trat unmittelbar nach dem Kriege der These von der Kollektivschuld des deutschen Volkes entgegen, ein Kurt Schumacher zählte zu seinen persönlichen Freunden. Wir Deutschen haben diesem Mann viel zu verdanken.

+ + +

## Der Putsch von Seoul

E.D. - Wohl niemand kann bestreiten, dass der Aufstand südkoreanischer Militärs gegen die legal gewählte Regierung des Ministerpräsidenten Tschang eine nicht gerade sehr erfreuliche Nachricht für den Westen gewesen ist. Denn es waren gerade die demokratischen Staaten, die nach der Abdankung des autoritären Regierungschefs Syngman Rhee ihre Hoffnung auf eine freiheitliche Gestaltung der politischen Verhältnisse durch die neuen gewählten Vertreter in Südkorea setzten.

Besonders für Washington ist die derzeitige Lage mehr als unerfreulich, denn unter den Augen des amerikanischen Kommandeurs der dort immer noch in Namen der Vereinten Nationen stationierten Streitkräfte haben die südkoreanischen Militärs ihre Putschvorbereitungen getroffen. Aus diesem Grunde ist es nicht weiter verwunderlich, dass die USA nach wie vor die verhaftete Regierung Tschang als einzig rechtmässige Vertretung Südkoreas ansehen.

Hinzu kommt, dass trotz des von den Militärs verkündeten Antikommunismus der Westen in der Beurteilung der derzeitigen Lage des Landes sehr skeptisch ist. Hierbei muss man vor allen Dingen auf die schwerwiegenden psychologischen Folgen hinweisen, die der Putsch der Militärs auf ganz Südost- und Ostasien haben wird. Zwar ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Regierung Tschang viele der drängenden Probleme, die durch das Regime Syngman Rhees hervorgerufen wurden, nicht bewältigt hat. Auch diese Regierung vermochte nicht, die Massenarbeitslosigkeit, die zur Zeit 2,3 Millionen beträgt, zu beheben. Ausserdem ist der Lebensstandard, sofern man dieses Wort überhaupt gebrauchen kann, in Südkorea mehr als niedrig. Die Motive, die die militärischen Führer zum Eingreifen veranlassen haben können, liegen trotz aller möglichen Interpretationsversuche im Dunkeln, besonders wenn man bedenkt, dass die Ansee bei den damaligen Auseinandersetzungen zwischen Syngman Rhee und der demokratischen Opposition nicht eingegriffen hat. Viele Beobachter behaupten heute, Ministerpräsident Tschang wäre in jedem Falle über kurz oder lang gestürzt worden, da insbesondere die Führer der südkoreanischen Studentenschaft, deren Aktionen Syngman Rhee vor einem Jahr stürzten, Vorbereitungen zu einer sogenannten "zweiten Revolution" getroffen hätten.

Wie immer man die Lage ansehen mag; ein weiteres heisses Eisen hat sich neben Laos und Persien herausgebildet.